

**Rede  
der Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
der Sprecherin für Innovationspolitik**

**Claudia Schüßler, MdL**

zu TOP Nr. 27

Abschließende Beratung  
**Cannabislegalisierung stoppen, eine gesunde  
Entwicklung von Kindern und Gesellschaft fördern**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/3540

während der Plenarsitzung vom 14.03.2024  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ein schwieriges, ein komplexes Thema ist es, mit dem wir uns heute beschäftigen.

Es geht um Cannabis, es geht um die Frage der Entkriminalisierung von Cannabis. Und, um es deutlich zu sagen: Eine solche Frage machen wir uns nicht leicht.

Ich sage Ihnen auch gerne, warum das so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Wir alle kennen die Folgen der bereits „etablierten“ Drogen Alkohol und Nikotin, wir wissen welche Schäden sie anrichten und wir wissen, was eine Sucht für Folgen hat.

Wenn ich hier „Wir“ sage, dann meine ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, denn auch Sie wissen, dass bislang, in den vergangenen 40 Jahren, die Bekämpfung über das Strafgesetzbuch keinen nennenswerten Einfluss auf das Konsumverhalten gehabt hat. Im Gegenteil, gerade auch unter dem Aspekt der zwischenzeitlich erteilten Erlaubnis zum Konsum im Falle schwerer Erkrankungen, gibt es einen Anstieg der Akzeptanz, Befürworter und Gegner einer Entkriminalisierung halten sich mittlerweile die Waage.

Nun hat der Bund erstmalig ein Gesetz auf den Weg gebracht, dass eine Veränderung in der bisherigen Drogenpolitik erreichen will. Dieses Gesetz ist kompliziert und es hat leider auch handwerkliche Mängel, das ist auch im Ausschuss deutlich geworden, es will aber im Ziel den Konsum von Cannabis entkriminalisieren. Dieser Zwiespalt zwischen einem aus Erfahrung gewonnenen Ziel und technischen Mängeln hat in den vergangenen Wochen schon einige Reaktionen hervorgerufen. Und das ist auch verständlich, es dokumentiert einen verantwortungsvollen Umgang gerade auch dieser Landesregierung mit dem Thema. Ein schlichtes Jubeln ist genauso wenig möglich wie das Ignorieren und damit Fortführen einer schon lange gescheiterten Drogenpolitik.

Deshalb wollten wir im Ausschuss auch über Ihren Antrag sprechen. Über Ihren kurzfristig eingebrachten Entschließungsantrag, zu dem wir dank der Landesregierung bereits nach einer Woche eine Unterrichtung bekommen haben.

Wir wollten im Ausschuss weiter beraten. Sie wollten das nicht, Sie wollten ohne weitere Informationen aus den Ministerien oder von anderen Fachleuten das Plenum erreichen.

Es ist schon im Ausschuss deutlich geworden, und es wird auch hier heute wieder deutlich: Sie wollten dieses vielschichtige Thema nicht inhaltlich behandeln, Sie wollen skandalisieren und schlussendlich einen Keil in die Koalition treiben. Das ist durchsichtig, und es ist schade. Und es wird Ihnen natürlich auch nicht gelingen,

eine Spaltung herbeizureden, weil wir alle mit diesem sensiblen Thema verantwortungsvoll umgehen.

Es ist auch schade, weil es dem Thema nicht gerecht wird. So haben Sie die Chance zu einer wirklichen Auseinandersetzung einfach liegen lassen.

Mit Ihrem vorliegenden Antrag wollen Sie im Wesentlichen einen Stopp der Bundesgesetzgebung durch die Landesregierung herbeiführen. Lassen Sie es mich so deutlich sagen: Mit einem einfachen Stopp ist es nicht getan. Es braucht schon alternative Ideen zur Frage der Entkriminalisierung. Auch Sie müssen doch sehen, dass für viele Menschen, mehr aus Versehen, ein Makel im Lebenslauf bleibt, der durch den unbedachten Konsum als Jugendliche entstanden ist.

Auch Sie müssen doch erkennen, dass eine bessere Präventionsarbeit möglich ist. Aber natürlich nicht unter dem Damoklesschwert der Strafbarkeit.

Ein einfacher „Stopp“ ist uns zu wenig. Es braucht eine Regelung. Es braucht aber auch eine Regelung, die keine technischen Probleme aufwirft.

Ihre Entschließung wird dem nicht gerecht, sie ist auch gar nicht als ernsthaftes Angebot gedacht gewesen, sondern dient lediglich dem Zweck, zu spalten. Das kann man auch daran erkennen, dass heute Sie, Frau Herrmann, zu diesem Thema sprechen. Das nützt niemandem und schadet am Ende wieder einmal dem Image der Politik insgesamt.

Wir können dem Antrag nicht zustimmen, weil ein schlichtes Nein keine Lösung ist.